

über die nichtöffentliche Sitzung des Landtages im Konferenz-
zimmer, anschliessend an die Eröffnungssitzung des Landtages am
11. Februar 1931 (Protokollführer Gassner)

1. Gesuch des fl. Bauamtes um Billigung des Expropriationsrechtes
für die Strassenregulierung bei den Schwab Brünnen.

Nach Verlesung des Gesuches wird unter allseitiger Verzichtleis-
tung auf die Diskussion das Expropriationsrecht einstimmig bewil-
ligt.

2. Gesuch des Braunviehverbandes um eine Subvention zur Deckung
diverser Rechnungen für Anschaffung von Ohrmarken, für Drucklegung
von Büchern und Belegscheinen, für Experten etc.

Regierungschef berichtet über den Stand der Verhandlungen betr.
die Anerkennung der liechtenstein. Ohrmarken seitens der Schweiz und
verspricht, neuerdings die Sache nochmals energisch zu betreiben und
zum Abschlusse zu bringen, falle die Antwort der schweizerischen
Behörden aus, wie es wolle. Man ist allgemein der Auffassung, dass der
Fall praktisch ganz klar liege, indem der Verband jedenfalls abge-
wiesen werde, oder aber, wenn dies nicht ganz zutreffen sollte, prak-
tisch in der Handhabung einfach nicht anerkannt werde. Es herrscht
die Meinung vor, dass die schweiz. Kompetenzstellen aus Konkur-
rensrücksichten dagegen streben.

Rg. Chef beantragt für diesesmal eine Subvention von Frs. 300.-
zu bewilligen, nachdem die Auslagen schon gemacht seien, zugleich aber
auch in Bern eine strikte Antwort der seit langem hängenden Frage
zu urgieren. Sollte aber kein positives Resultat erzielt werden, so
solle künftighin für diesen Zweck kein Zuschuss mehr gewährt werden.

Abstimmung: Sämtliche Abgeordnete für eine Ausrichtung einereinmaligen
Subvention von Frs. 300.-

3. Lohnzahlung aus Konkurs Boss Gebhard, Vaduz an verschiedene
Arbeiter.

Regierungschef klärt auf, dass verschiedene Arbeiter noch rest-
liche Guthaben bei Boss haben. Die Gesamtsumme der noch ausstehenden
Löhne beziffert sich auf Frs. 2000.-. Der Arbeiterverband sei nun an
die Regierung mit der Bitte herangetreten, das Land möchte diesen
Arbeitern, die grösstenteils sehr bedürftig seien, diesen Betrag vorschuss-
weise auszahlen, da die Forderungen der Arbeiter in der ersten Klasse
eingereicht seien und für das Land kein Risiko bestehe.

Beschluss: Der Landtag gibt einstimmig das Einverständnis, dass die Regierung diese Lohnzahlungen aus der sozialen Fürsorge vor- schussweise ausbezahlt.

4. Erhöhung der Gehälter der Postbeamten.

Regierungschef berichtet, dass die Besoldungserhöhungen der Post- beamten nunmehr in dem Sinne geregelt worden sei, ^{en/} wie es seiner- zeit bei den Budgetberatungen gebilligt worden war. Mehrausgabe Fr. 69000.

Bei dieser Gelegenheit macht Abgeordneter Brunhart von Balzers die Anregung auf Aufwertung der Kronengelder und spricht einer lo%igen Aufwertung das Wort.

Verschiedene Abgeordnete wie, Peter Büchel, Rat Ospelt, Fritz Walser sprechen noch in dieser Sache und erachten es als ihre moralische Plicht, mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, dass die damals zur Anschaffung von Materialien für das Lawenawerk aus der Sparkasse entnommenen rund 300,000 Frs. wieder den Einlegern nutzbar gemacht werden. Im Verlaufe der Diskission wurde auch darauf hingewiesen, dass bei der Sparkassa noch Wertpapiere und =brisse im Werte von rund Frs. 200,000 liegen, die gleichfalls gerechtfertigter Weise zur Aufwertung verwendet werden sollen.

Nach längerer Debatte einigt man sich dahin, dass später einmal eingehender darüber diskutiert ~~werden soll~~ und eine Einigung hierin erzielt werden soll.

5. Gesuch des Secundarlehrer Banzer in Eschen.

Regierungschef teilt kurz mit, dass Banzer früher bis zum Jahre 1924 von den Unterländer Gemeinden die Wohnung gestellt hatte und von der Gemeinde Eschen das Holz bekam. Im Jahre 1924 wurde im neuen Schulgesetze ein Passus aufgenommen, ^o nach alle Nebenbezüge Banzers ~~wegfielen~~. Sein Gehalt wurde auf ein Fixum festgesetzt, die ~~Wohnung~~ ^{und/} ~~Wohnung~~ gab er auf und das Holz bezog er weiter, wofür ihm die Gemeinde Eschen nun Rech- nung stellt. Banzer aber sträube sich, diese Rechnung zu bezahlen und er befinde sich überhaupt in finanziellen Nöten.

Allgemein mutet es sonderbar an, dass die Gemeinde Eschen erst heute nach 4-5 Jahren Rechnung für das Holz stellt.

Rat Ospelt hält es für das zweckmässigste, an die Unterländer Ge- meinde heranzutreten, die ihm allenfalls Beihilfe leisten.

Bei dieser Gelegenheit wird auch die Unzweckmässigkeit der Se- cundarschule bei den heute gegebenen Verhältnissen erörtert.

Präsident Pfarrer Frommelt spricht entschieden entweder für einen Ausbau der heutigen Schule oder aber sie aufzulassen. Es sei für eine Lehrkraft unmöglich, drei Kurse parallel nebeneinander zu ~~MM~~ leiten und es stelle diese Einrichtung eine Missgeburt dar und der Erfolg sei ein kleiner.

Andere Abgeordnete sprechen für die Auflassung der Eschner Secundarschule und einen Ausbau der Landesschule in Vaduz, wobei dann den Besuchern aus dem Unterlande durch Fahrtbegünstigungen entgegengekommen werden könnte.

Die Mehrheit der Abgeordneten spricht sich für einen Ausbau der Landesschule in Vaduz aus.

Schluss 12 Uhr.

Vaduz, am 11. Februar 1931

Handwritten signature: Hoop (P. Reich)